



MANAGERKREIS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Die aktuelle EU-Industriestrategie – Auf dem Weg zur Klimaneutralität Richtung Corona abgelenkt

Live-Chat am 6. Mai 2020

Die EU-Kommission hat mit dem Green Deal und einer neuen Industriestrategie die Wende hin zu einer klimafreundlichen und digitalisierten Wirtschaft eingeläutet. Doch wie kann dies trotz Corona gelingen?

Unmittelbar vor der Corona-Pandemie hat die EU-Kommission ambitionierte klima- und industriepolitische Projekte vorgestellt: Auf das Klimaschutzprogramm „Green Deal“ folgten das Klimagesetz und die Digitalstrategie sowie eine neue EU-Industriestrategie. Das Ziel: Die EU bis 2050 klimaneutral aufzustellen. Schwerpunkte sind Kreislaufwirtschaft, KMU, Skills sowie Konzepte zum Abbau von Bürokratie und von Hürden im Binnenmarkt.

Dass die Zielsetzungen trotz der Corona-Krise weiter vorangetrieben werden müssen, sei der EU-Kommission besonders wichtig, betonte Mark Nicklas, Abteilungsleiter in der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU. Die industrielle und wirtschaftliche Transformation wird aus Sicht der EU-Kommission von drei Treibern beeinflusst:

- *Green Transition:* Die EU soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden. Der Green Deal dient daher als „neue Wachstumsstrategie“, die den Übergang zu einer „grünen, ressourcenschonenden Industrie“ ermöglicht.
- *Global Competitiveness:* Europäische Unternehmen brauchen bessere Rahmenbedingungen, um erfolgreich zu bleiben. Daher will die EU auf eine weitere Vertiefung und Digitalisierung des Binnenmarkts hinwirken. Rechtliche Hemmnisse müssten abgebaut werden. So solle die EU künftig in der Lage sein, „globale Standards zu setzen und strategische Autonomie zu erlangen“.
- *Digital Transition:* Digitale Technologien verändern die industrielle Wertschöpfung, da sie Produktionsschritte vernetzen, automatisieren und beschleunigen. Dies setzt einen besseren Austausch und eine einfachere Nutzung der Daten voraus. Zudem lässt sich Aus- und Weiterbildung digital einfacher gestalten.

Aus diesen Trends ergeben sich laut Mark Nicklas sieben Handlungsfelder für die EU-Kommission, für die nun jeweils konkrete Maßnahmen in Absprache mit dem EU-Parlament entwickelt werden: Vertiefung und Digitalisierung des Binnenmarkts, globale Wettbewerbsfähigkeit, Klimaneutralität der Industrie, industrielle Innovationsfähigkeit, Finanzierung der industriellen Transformation, Aufbau einer Kreislaufwirtschaft sowie Aus- und Weiterbildung.



MANAGERKREIS
DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Viele Aspekte spielten zweifellos bereits in vergangenen EU-Industriestrategien eine Rolle. Neu ist der Gedanke, durch die Zusammenarbeit von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren industrielle Ökosysteme entstehen zu lassen, in denen Großunternehmen, kleine und mittlere Betriebe, Zulieferer, öffentliche Akteure sowie Wissenschaft und Forschung miteinander kooperieren.

Die Vertreterin aus dem EU-Parlament, Gabriele Bischoff, seit 2019 Abgeordnete aus Berlin in der S&D-Fraktion, begrüßt grundsätzlich die neue EU-Industriestrategie. Entscheidend sei nun, dass die EU-Kommission zügig konkrete Maßnahmen entwickelt und diese mit dem EU-Parlament abstimmt. Zudem betont sie: „Das Corona-Recovery-Programm und der Green Deal müssen zusammengedacht werden“. Für sie sind die Themen Unternehmensübernahmen und der Schutz von Arbeitnehmer_innen besonders wichtig. Es kommt darauf an, dass sich Menschen durch technologische Entwicklungen nicht abgehängt fühlen.

Sandra Parthie, die das Brüsseler Büro des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) leitet, merkt an, dass die nationalen Grenzen in der Corona-Krise geschlossen wurden und der Binnenmarkt zeitweise zusammengebrochen ist. Für die Zukunft sei das Gegenteil notwendig: Der Binnenmarkt muss vertieft und digitaler werden. In der EU-Industriestrategie hält sie die Aspekte Rohstoffversorgung und Kreislaufwirtschaft für besonders wichtig. Auch energiepolitische Maßnahmen sind zentral, etwa der Aufbau einer europäischen Wasserstoffproduktion im industriellen Maßstab. Insgesamt stellt die EU-Kommission hohe Erwartungen an die Industrie, die mit „erheblichen Mehrinvestitionen“ verbunden sind. Daher stellt sich die Frage nach der Finanzierung. Den Aufbau europäischer Champions lehnt sie ab.

Klaas Hübner, selbstständiger Unternehmer und Sprecher des Managerkreises, betont, dass es für kleine und mittelständische Betriebe in der Corona-Krise primär um das Überleben geht. Jegliche Formen von Investitionen, die nicht direkt damit zusammenhängen, sind in Krisenzeiten demzufolge nicht prioritär. Dies muss die EU-Kommission bei der Umsetzung der Industriestrategie bedenken.

In der ersten Videokonferenz der AG Wirtschaft und Digitales haben 40 Teilnehmer_innen kontrovers diskutiert, etwa über die Ausgestaltung des Recovery-Programms, die Zukunft des Binnenmarkts, das SURE-Programm für Kurzarbeit, die Verhandlungen über den EU-Haushalt, die Frage nach der Rückverlagerung von pharmazeutischer Produktion nach Europa, die Definition von strategischer Autonomie sowie KI und Datennutzung. Daniel Sahl, Agora Strategy Group, moderierte die Diskussion.